



Heilbronn  
Neckarsulm

# Pressemitteilung

Rudolf Luz warnt vor einer Eskalation im Streit um die Mitbestimmung im VW-Konzern

## EU soll das neue VW-Gesetz akzeptieren

Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Rudolf Luz, hat die EU-Kommission wegen ihrer Kritik an dem Entwurf eines neuen VW-Gesetzes scharf kritisiert. Der Chef der IG Metall im Unterland sieht keinen überzeugenden Grund für ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. Gleichzeitig warnt Luz den Porsche-Vorstand und die Eigentümer-Familien von Porsche vor einer Eskalation im Streit um die Mitbestimmung beim Volkswagen-Konzern, zu dem auch Audi gehört.

Schon zuvor hatte Norbert Rank Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günther Oettinger (CDU) angegriffen. Seine ablehnende Äußerungen zum geänderten VW-Gesetz sei ein "Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer von Audi", sagte der Vorsitzende des Audi-Betriebsrats in Neckarsulm. „Das neue VW-Gesetz behindert weder den freien Kapitalverkehr noch wird die Verwirklichung des Binnenmarktes verzögert“, argumentiert Rudolf Luz und weiß mit dieser Position auch den IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber hinter sich. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf stehe im Einklang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs.

Ein Jahr vor der Wahl zum Europäischen Parlament führe das Vorgehen der EU-Kommission dazu, dass die kritische bis ablehnende Haltung der Bürger gegenüber der EU weiter zunehmen werde, denn die Kommission lasse sich zunehmend von den Interessen der Kapitaleigner leiten. Die Belange der Arbeiter und Angestellten fielen dagegen unter den Tisch.

Bei dem neuen VW-Gesetz geht es darum, dass ohne Zustimmung des Landes Niedersachsen und der Beschäftigtenvertreter im Aufsichtsrat kein VW-Werk geschlossen werden kann. Das gleiche gilt für die Auflösung des Unternehmens und Verlegung seines Sitzes. "Wenn Porsche dies nicht will, dann stellt sich die Frage, weshalb man soviel Energie in die Abschaffung des Gesetzes legt", fragt Rudolf Luz. Dieses Verhalten wecke Misstrauen und provoziere Widerstand.

Deutschland brauche nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten. "Mit einer vergleichbaren Mitbestimmung würde es die Arbeitsplätze bei Nokia in Bochum noch geben und auch das AEG-Werk in Nürnberg."

Datum:  
09.06.2008

### Rückfragen an:

Name:  
**Rudolf L u z**  
Telefon:  
07132/9381-11  
Mobil:  
0171 7738156

E-Mail:  
[rudolf.luz@igmetall.de](mailto:rudolf.luz@igmetall.de)  
[carmen.zdenek@igmetall.de](mailto:carmen.zdenek@igmetall.de)

Die Unterländer Autobauer wissen gut, was es bedeutet, wenn ein Werk geschlossen werden soll. Ohne ihren Kampf für den Standort 1975 wäre die Region heute um über 13.000 Arbeitsplätze ärmer. Zudem wären Tausende von regionalen Arbeitsplätzen - die von Audi abhängig sind - verschwunden. „Wir in Neckarsulm sind aus Erfahrung besonders sensibel für dieses Thema und deshalb wird dies ein Wahlprüfstein für die im nächsten Jahr anstehende Europawahl sein,“ erklärte Luz.

Dr. Rudolf L u z  
1. Bevollmächtigter  
IG Metall  
Heilbronn-Neckarsulm

Datum:  
09.06.2008

**Rückfragen an:**

Name:  
**Rudolf L u z**  
Telefon:  
07132/9381-11  
Mobil:  
0171 7738156

E-Mail:  
[rudolf.luz@igmetall.de](mailto:rudolf.luz@igmetall.de)  
[carmen.zdenek@igmetall.de](mailto:carmen.zdenek@igmetall.de)